2008-01-15

Stadt Dessau-Roßlau
Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 19.12.2007

Sitzungsbeginn:	**16:00 Uhr**	
Sitzungsende:	**18:07 Uhr**	
Sitzungsort:	**Ratssaal**	
Leitung der Sitzung:	Herr Dr. Exner	Stadtratsvorsitzender
	Herr Hoffmann	1. Stellvertreter
	Frau Storz	2. Stellvertreterin
Anwesend:	**Soll: 50**	**Ist: 45**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU
Pohl, Hans-Werner

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Ehlert, Heidemarie

Fraktion der SPD
Müller, Angela

Fraktion Pro Dessau-Roßlau/ NEUES FORUM
Böhler, Axel

Mitglied Freie Wähler
Göricke, Hagen

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Es waren derzeit 37 Stadträte sowie der Oberbürgermeister anwesend.

2. Beschlussfassung der Tagesordnung

Frau Lohde, CDU-Fraktion, stellte den **Antrag**, den Tagesordnungspunkt **6.14** „Abwägung zum B-Plan der Innenentwicklung als vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 13 – Einkaufszentrum Magdeburger Straße“ **vor** dem **TOP 6.1** zu behandeln.

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, fügte an, Hintergrund des Antrages sei, dass die Investoren, die er herzlich begrüße, heute zur Stadtratssitzung anwesend sind.

Zum gestellten Antrag gab es keine Widerrede.

Herr Oberbürgermeister Koschig bat darum, den Tagesordnungspunkt 6.10 „3. Änderung zur Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer“ von der Tagesordnung zu nehmen, da diese Vorlage noch nicht im Haupt- und Personalausschuss behandelt wurde und aus Versehen auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Dieser Punkt könne erst zur nächsten Sitzung behandelt werden.

Die **geänderte Tagesordnung** wurde einstimmig bestätigt.

3. Berichte des Oberbürgermeisters
3.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Koschig stellte eingangs fest, dass der 19. Dezember für unsere Stadt ein besonderes Datum ist. Mit der feierlichen Grundsteinlegung des Einkaufszentrums „Konsument“ fand ein langer und langwieriger Planungs- und Entscheidungsprozess seinen ersten Abschluss. Seit der Schließung des konsument-Nachfolgers Horten sind zehn Jahre vergangen. Vor 10 Jahren wurde der Rahmenplan für die Entwicklung des Viertels rund um die Museumskreuzung beschlossen. Es war ein schwerer und oft steiniger Weg bis zum heutigen Tage, und er wolle es nicht versäumen, von dieser Stelle aus allen zu danken, die dafür ihr Scherflein beigetragen haben. An vorderster Stelle sei da unser Altoberbürgermeister Otto zu nennen, der unermüdlich und beharrlich an den Standort und den Erfolg der innerstädtischen Einzelhandelsentwicklung glaubte und für den konsument-Standort kämpfte. Er wolle auch dem Stadtrat Dessau der letzten Wahlperiode danken, der nach zähem Ringen sich letztlich doch mit großer Mehrheit für diese 30-Mio.-€-Investition ausgesprochen hat. In diesen Dank wolle er auch die Verwaltung mit eingebunden wissen, welche heute von der Konsument Dessau GmbH viel Lob für ihre Arbeit an dem Projekt erhielt.

Die Zwischenstände am Einzelhandels- und Zentrenkonzept belegen die Richtigkeit der Entscheidung für diesen Standort, die uns zuvor in einem Gutachten bescheinigt worden war. Der Rohbau soll im Oktober nächsten Jahres stehen, mit der Eröffnung wird im April 2009 gerechnet.

Zum Stand der beiden eben genannten Konzepte wurde im jüngsten Wirtschaftsförderungsausschuss informiert. Die Anregungen und Hinweise von Arbeitskreis und Beirat aus der Zwischenpräsentation am 29.11.2007 werden jetzt von der federführenden GMA eingearbeitet.

Das für Herrn Koschig bedeutsamste Ereignis des Berichtszeitraumes war die Einweihung des Hospizes am 14. Dezember 2007 auf dem Gelände des Diakonissenkranken-

hauses. Der nun schon 15 Jahre währenden Arbeit des ambulanten Hospizkreises schließt sich mit dem Einzug der ersten beiden Gäste am letzten Montag die stationäre Hospizarbeit in unserer Stadt und in der ganzen Region an. Es sei auch ein besonders schöner Beitrag unserer Stadt im Jubiläumsjahr der Heiligen Elisabeth von Thüringen, die bekanntlich ihr gesamtes Vermögen für die Gründung eines Hospizes in Marburg einsetzte. Der Architektin, Frau Sommer, ist ein schönes Bauwerk gelungen, weshalb Herr OB Koschig Herrn Bankert vorgeschlagen habe, das Hospiz für den Architekturwettbewerb des Landes Sachsen-Anhalt vorzuschlagen.

Am 6. Dezember 2007 fand auf Einladung unseres neu gewählten Kreisjägermeisters Pfister eine Besprechung des Jagdbeirates zum Thema Schwarzwildbejagung in unserer Stadt statt. Neben dem Jagdbeirat nahmen die untere Jagdbehörde, Frau Eichhorn vom WWF, der Leiter des Bundesforstamtes Roßlau, der Leiter des Landesforstamtes, Herr Uschmann, die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz und die Ortsbürgermeister von Waldersee, Großkühnau und Streetz/Natho teil. Das Ergebnis der Beratung zusammenfassend, schätzte Herr OB Koschig ein, dass alle Beteiligten die bereits getroffenen Maßnahmen positiv bewerteten und lobten. Rechtliche Fragen wurden bereits in der Presse gut dargestellt. Frau Lindner, Leiterin des Amtes Ordnung und Verkehr, vermerkte als positiv, dass sich die Schwarzwildstrecke in den letzten drei Wochen von 323 Stück Schwarzwild auf 405 erhöht hat. Die eingeleiteten Maßnahmen greifen. Es wurde angeregt, für die in der Jägerschaft unserer Stadt zuständigen Verantwortlichen für Öffentlichkeitsarbeit einen Pressebeitrag vorzubereiten, den man inzwischen auch schon lesen konnte. Im Januar 2008 wird der Jagdbeirat erneut tagen und eine Auswertung des Streckergebnisses bezüglich der Schwarzwildbejagung vornehmen. Seit dem 1. April, dem Beginn des Jagdjahres, wurden in diesem Jahr über 580 Stück Schwarzwild gestreckt, der Durchschnitt liegt sonst bei ca. 250 Stück.

Herr OB Koschig führte weiter aus, die Fusion werde immer mehr Wirklichkeit. Der Umzug des kompletten Baudezernates in das Technische Rathaus auf dem Roßlauer Garnisonsgelände wurde am 12. Dezember 2007 abgeschlossen.

Die Verwaltung, mit Ausnahme des Bürgeramtes und der Einrichtungen mit besonderen Dienstleistungen für unsere Bürger, bleibt am 27. und 28. Dezember geschlossen, informierte Herr Koschig.

An dieser Stelle begrüßte Herr OB Koschig die Auszubildenden, welche innerhalb ihrer Ausbildung an der heutigen Stadtratssitzung teilnehmen.

Wie er bereits in der letzten Stadtratssitzung sagte, hatten die Fraktionen Zuarbeiten für die Hauptsatzung angekündigt und übergeben, die jetzt im Rechtsamt gesichtet werden. Der erste Termin der Zusammenkunft mit dem Präsidium des Stadtrates ist für Januar 2008 vorgesehen.

Bei den Gebietsänderungsangelegenheiten gibt es zurzeit keine neuen Entscheidungen. Die Unterschriftenaktion für die Eingemeindung von Wörlitz und Vockerode in die Stadt Dessau-Roßlau ist im vollen Gange und trifft auf eine sehr große Anteilnahme in der Bevölkerung. Es gibt auch das Interesse der Gemeinde Thießen zur Eingemeindung in die Stadt Dessau-Roßlau. Es gab vor 6 Jahren Verhandlungen über die Eingemeindung der Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Rosseltal in die Stadt Roßlau, die im Ergebnis der Landtagswahlen 2002 von den dörflichen Gemeinden mit

der Begründung abgebrochen wurden, man könne sich immer noch eingemeinden lassen. Angesichts der Probleme, die uns die längst beschlossene Eingemeindung von Wörlitz und Vockerode bereiten, sehe Herr Koschig Null Chancen für eine Eingemeindung und so bewahrheite sich auch, dass es für bestimmte Entscheidungen auch einen rechten Zeitpunkt gibt und bestimmte Entscheidungen zum rechten Zeitpunkt zu treffen sind. Dennoch habe er Herrn BM Gröger beauftragt, mit Bürgermeister Lutze ein Gespräch zu führen über die Vorstellungen der Gemeinde. Leider sind, was die Gespräche und Intentionen mit der Stadt Wörlitz und der Gemeinde Vockerode betrifft, alle Äußerungen von Vertretern der Landesregierung in den letzten Wochen sehr negativ. Sowohl der Ministerpräsident als auch das Innenministerium, zuletzt durch Äußerungen von Herrn Klang von der obersten Kommunalaufsicht in Wittenberg, haben sich öffentlich gegen die Eingemeindungsbestrebungen ausgesprochen. Eine mögliche Gesetzesinitiative aus den Reihen der Landtagsabgeordneten kam ebenfalls nicht zustande. Inzwischen hat der Kreistag Wittenberg den Auskreisungsantrag von Wörlitz und Vockerode aus dem Landkreis Wittenberg abgelehnt.

Leider haben auch die Stadträte von Oranienbaum und Möhlau bis zum heutigen Tag entgegen ihren Zusagen keine Beschlüsse gefasst, die ihr Zusammengehen zu einer Einheitsgemeinde im Jahr 2008 zur Grundlage haben könnten.

Zum Themenschwerpunkt Gebietsänderungsangelegenheiten darf man auch die Bemühungen um eine Sparkassenfusion stellen. Herr OB Koschig habe gestern im Verwaltungsrat noch einmal eine breite Willensbekundung erhalten, die Gespräche und den eingeschlagenen Weg mit den Landkreisen Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld fortzusetzen, weil die Gründung eines Zweckverbandes für die Sparkasse, bestehend aus den heutigen Kreissparkassen Wittenberg, Bitterfeld, Köthen, Anhalt-Zerbst und der Stadtsparkasse Dessau äußerst sinnvoll und zukunftsträchtig angesehen wird. Leider haben die Verwaltungsräte der Kreissparkassen sowohl Wittenberg als auch im Landkreis Anhalt Bitterfeld in den vergangenen Tagen anders lautende Beschlüsse gefasst. Herr Koschig gab folgende Pressenotiz aus dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld zur Kenntnis:

„Die Verwaltungsräte der Sparkassen in Anhalt-Bitterfeld sehen mehrheitlich in einer Fusion mit den Sparkassen Dessau und Wittenberg keine wesentlichen Vorteile. Nachdem bereits aus Wittenberg offiziell mitgeteilt wurde, dass eine solche Lösung nicht mehrheitsfähig ist, hat sich der Landkreis Anhalt-Bitterfeld mehrheitlich dafür ausgesprochen an der gesetzlichen Lösung festzuhalten. Damit entfällt die ansonsten notwendige Bildung eines Zweckverbandes. Die weiteren Abstimmungsprozesse betreffen jetzt nur noch die Sparkassen aus Anhalt-Zerbst, Bitterfeld und Köthen. Mit dem Bekenntnis zur Umsetzung der gesetzlichen Lösung sind für unsere Sparkassen die Voraussetzungen geschaffen, ihre Fusion so schnell wie möglich zu vollziehen. Dies ist in Anbetracht der damit verbundenen vielfältigen Aufgaben notwendig, um insbesondere im Interesse der Kunden eine reibungslose Fusion zu vollziehen. Mit einer Bilanzsumme von knapp 2 Milliarden € ist die Sparkasse in Anhalt-Bitterfeld auch für die künftige Entwicklung sehr gut aufgestellt. Die gemeinsamen Gespräche mit den Nachbarsparkassen zeigten aber auch auf, in Teilbereichen noch enger miteinander kooperieren zu können.“

Eine ähnliche Erklärung habe auch der Landkreis Wittenberg der Presse übergeben. Er bedauere diese Entwicklung außerordentlich und hatte gehofft, mit Unterstützung des

Ostdeutschen Sparkassenverbandes, Herrn Holtmann, der sich selbst in den Medien sehr positiv zu einer solchen Zweckverbandsparkasse geäußert hatte, doch noch mit den beiden Landkreisen zur Gründung einer solchen großen Sparkasse ins Gespräch zu kommen, die dann im Kontext aller Nachbargroßsparkassen in Brandenburg mit der Halle-Saalkreis-Sparkasse wettbewerbsfähig und auch sehr zukunftsfähig gestaltet gewesen wäre. Für Herrn OB Koschig wäre es auch ein sehr guter Auftakt für die Vertiefung der regionalen Zusammenarbeit, die wir natürlich über eine Zweckverbandsparkasse viel erfolgreicher und ziel führender hätten gestalten können. Er hatte die Landräte gebeten, noch zu einer Abstimmung vor dem Jahresende zu kommen, da aus seiner Sicht nur noch zwei Punkte offen waren, über alle weiteren Angelegenheiten der Fusion bestand Einigkeit zwischen den verhandelnden Parteien, also den Landräten und Vorstandsvorsitzenden der Kreissparkassen. Es ging um die Zerlegung der Gewerbesteuer und die zukünftige Sponsoring- und Spendentätigkeit der Großsparkasse, für die die Vorstände auch Vorschläge vorbereitet hatten, über die noch zu befinden waren, warum die beiden Landkreise jetzt ohne diese noch erforderliche Endabstimmung bereits in die Verwaltungsräte gegangen sind und warum die Verwaltungsräte jetzt doch zu der mehrheitlichen Auffassung gekommen sind, die Kreisgebietsreform in ihrem gesetzten Rahmen zu vollziehen und also nicht zur Großsparkasse zu finden, entziehe sich seiner Kenntnis. Er werde versuchen, in den nächsten Tagen hier noch Aufklärung zu erhalten.

Zur **Durchführung der Beschlüsse und zum Baugeschehen** machte Herr Oberbürgermeister Koschig folgende Ausführungen:

- Am 13. Dezember konnte in Rodleben die ausgebaute Heidestraße übergeben werden und morgen werden in Roßlau die Hauptstraße und die Streetzer Brücke für den Verkehr freigegeben. Restarbeiten erfolgen Anfang nächsten Jahres. Besonders die Sperrung der Streetzer Brücke habe zu einigen Belastungen des Viertels in der Galgenbreite/Streetzer Brücke geführt.
- Zu der Vorlage Nr. 52/2007 aus der vergangenen Sitzung bezüglich der Fördermaßnahme „Soziale Stadt“ – Wohngebiet Zoberberg: Man könne man das Stadtteilbüro im Zoberberg im Jahr 2008 auch ohne Fördermittel fortführen. Das sei durch Sponsoring gesichert. Er danke den Gebern.
- Die als Sachpreisrichter bestätigten Stadträte Frau Lohde, Stellvertreter Herr Dr. Schmidt werden für das Preisgericht zum Wettbewerb zur städtebaulichen Reparatur der Gesamtanlage der Meisterhäuser in Dessau als Sachpreisrichter an den Preisgerichtssitzungen im Februar und März teilnehmen.
- Die Mitteilung des Abwägungsergebnisses der Stellungnahmen zum 2. Entwurf des B-Planes Nr. 168-B „Pharmastandort Rodleben-Tornau, Teilgebiet B“ erfolgt mit Anschreiben vom 13. Dezember 2007.
- Die Bekanntmachung des Beschlusses über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 212 „Klinik- und Gesundheitszentrum“ erfolgt im Amtsblatt 01/2008.
- Förderprogramm „Soziale Stadt“, Teilnahme des Bereiches der Dessauer Innenstadt. Hier ist die Einstellung der Eigenmittel in den Haushalt 2008 in Vorbereitung.
- Schließlich ist das Büro für Siedlungserneuerung für die Erarbeitung des Quartierskonzeptes „Johannisviertel/Bahnhofsviertel“ als wesentlichen Bestandteil des IBA-Beitrages der Stadt Dessau-Roßlau beauftragt worden.
- Die Veröffentlichung der Abwassersatzung und der ABE im Dessau-Roßlauer Amtsblatt erfolgt im Januar 2008. Die Originale wurden an das Rechtsamt übergeben zur Weiterleitung an das Landesverwaltungsamt.

- Ebenfalls im Januar-Amtsblatt wird das Preisblatt für Trinkwasser der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH mit Wirkung zum 1. Januar 2008 veröffentlicht.
- Die Bevollmächtigte der Stadt Dessau Roßlau hat an der Verbandsversammlung des Abwasser- und Wasserzweckverbandes Elbe-Fläming am 29. November bereits teilgenommen.
- Was die Einziehung öffentlicher Verkehrsflächen betrifft, Vorlage Nr. 119/2007, so erfolgt sie im Amtsblatt in der Ausgabe Januar 2008. Die Auslegung für Hinweise und Meinungen vom 02.01.2008 wird bis zum 2. April 2008 dauern. Danach werde die Zustimmung des Landesverwaltungsamtes eingeholt mit dem Ziel, dieselbe bis zum 30. April zu erhalten. Danach erfolgt die Bestätigung und Veröffentlichung des eigentlichen Verwaltungsaktes im Amtsblatt Juni zum 31. Mai.
- Die Fertigstellung der Baumaßnahme Abwassererschließung sogenannte Vogelsiedlung Dessau-Törten, Regenwasseranteil am Mischwasserkanal Amselweg, 2. BA, Vorlage Nr. 219/2007 ist bis zum 20.12.2007 vorgesehen. Die Abrechnung DVV-DESWA an die Stadt erfolgt bis zum 28.02.2008. Auch im nächsten Jahr werden die Anliegerbescheide erstellt.
- Gleiches gilt für den Maßnahmebeschluss Abwassererschließung sogenannte Vogelsiedlung Finkenweg, 2. BA und für den Mischwasserkanal Drosselweg.
- Die Erstreckungssatzung, Satzung über die Abfallentsorgung, wurde am 6. Dezember von ihm unterzeichnet und am 10. Dezember an die Pressestelle weitergeleitet. Die Veröffentlichung erfolgt im Januar-Amtsblatt.

Über wesentliche Ereignisse informierte Herr OB Koschig wie folgend:

Am 30.11.2007 fand eine Veranstaltung in der Justizvollzugsanstalt zur internationalen Aktion „Städte gegen die Todesstrafe“ statt. An dieser Stelle sprach er Herrn Stadtrat Schönemann den Dank aus, dass er wegen seiner Abwesenheit die Moderation übernommen hat. Es war eine gute und wichtige Veranstaltung in unserer Stadt.

Am vergangenen Wochenende fand ein Weltmeisterschaftsboxkampf in der Anhalt-Arena mit einer großen Resonanz statt. Der Kampf wurde live im Fernsehen durch den Sportkanal DSF sowie im Russischen und Ungarischen Fernsehen übertragen.

In der Elbe-Rossel-Halle findet am 29.12.2007 zum ersten Mal wieder ein Tischtennisturnier der Tausend statt, also für Tischtennisamateure. Die Wettkämpfe beginnen 9.00 Uhr. Der Oberbürgermeister lud alle Stadträte dazu ein.

Die Entscheidung zur Besetzung der Stelle des Generalintendanten des Anhaltischen Theaters wurde in gemeinsamer Sitzung des Haupt- und Personalausschusses und des Theaterausschusses auf den 8. Januar 2008 vertagt. Man werde dann über die beiden Bewerber, die in der Endauswahl sind, befinden.

Am 29. November 2007 besuchte der Landtagspräsident Steinecke unsere Stadt. Gemeinsam habe man den Betriebskindergarten des Städtischen Klinikums, die Grundschule in Meinsdorf und das Impfstoffwerk Dessau-Tornau besichtigt.

Am 6. Dezember wurde Herrn OB Koschig durch die Bürgerinitiative kreisfreies Oberzentrum eine Denkschrift überreicht. Man plane, diese als Informationsvorlage in die Stadtratssitzung Ende Januar einzubringen, wie das auch die Bürgerinitiative vorgeschlagen habe.

Am 7. Dezember wurden die Mitglieder des Landesverfassungsgerichtes verabschiedet und die neuen Richter vom Ministerpräsidenten Prof. Böhmer feierlich begrüßt. Das Landesverfassungsgericht tagt unter Leitung des Präsidenten Winfried Schubert. Mitglieder sind: Vizepräsident Lothar Franzkowiak, Vorsitzender Richter am Oberverwaltungsgericht Magdeburg, Dr. Günther Zettel, Vizepräsident des Oberlandesgerichtes Naumburg, Prof. Dr. Winfried Kluth, Universitätsprofessor an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Frau Gemmer, Steuerberaterin, Anneliese Bergmann, Rentnerin, und Dr. Friederike Stockmann, Theologin.

Herr OB Koschig lud die Stadträte zum 6. Januar 2008, 17.00 Uhr, zum Neujahrsempfang der Stadt Dessau-Roßlau im Anhaltischen Theater ein. Traditionell finde seit vielen Jahren am Dreikönigstag, also am 6. Januar, im Roßlauer Ratskeller der politische Frühschoppen zum Dreikönigstag statt. Der offizielle Beginn ist 11.00 Uhr. Herr Koschig könne nicht alle Neujahrsempfänge nennen, zu nennen wäre aber noch der 11. Januar, 14.00 Uhr, an dem es den Neujahrsempfang der Dessau-Roßlauer Wirtschaft im Technikmuseum “Hugo Junkers“ gibt.

Weiterhin machte Herr Oberbürgermeister Koschig auf den 27. Januar 2008 aufmerksam, was der offizielle Tag des Gedenkens an die Verfolgten des Naziregimes ist, der Gedenktag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz. Man wolle hier gemeinsam der Verfolgten des Naziregimes gedenken. Näheres könne man rechtzeitig der Presse entnehmen.

Abschließend zitierte Herr Koschig Marie von Ebner-Eschenbach, welche einmal sagte „Wenn es einen Glauben gibt, der Berge versetzen kann, so ist es der Glaube an die eigene Kraft.“ Dieser Kraft vertrauend, habe man im zu Ende gehenden Jahr viel geschafft. Mit der Fusion unserer beiden Städte versetzten wir sogar im übertragenen Sinne Berge. Dies hat heute unser Wirtschaftsminister in seinem Grußwort zur Grundsteinlegung für das Dienstleistungs- und Shoppingcenter „konsument“ wieder eindrücklich unterstrichen. Herr Koschig rief die Mitglieder des Stadtrates auf, mit einem erfolgreichen Sitzungsverlauf das Ratsjahr 2007 heute zu vollenden, zu dessen Abschluss er im Anschluss an die Sitzung zu einem kleinen Umtrunk einladen möchte. Zuvor wünsche er aber eine gute Plenartagung und dankte für die Aufmerksamkeit.

3.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Koschig informierte über die in der Sitzung am 28.11.2007 gefassten Beschlüsse:

- Änderung der Beschlüsse Nr. 165/2006 vom 14. Juni und 71/2007 vom 20. Juni 2007 zur Änderung des Käufers und Reduzierung des Verkaufspreises. Der Notarvertrag ist in Vorbereitung.
- Beauftragung des Büros für Siedlungserneuerung für die Erarbeitung des Quartierskonzeptes „Johannisviertel/Bahnhofsviertel“, worüber er bereits in seinem Bericht informiert hatte.

4. Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16.15 Uhr

Ein Einwohner bezog sich auf die Hundesteuersatzung, welche beschlossen wurde. Die erhöhte Hundesteuer sei für ihn absurd. So gebe es für ihn keinen Kampfhund, sondern nur einen Hund. Wenn ein Hund etwas mache, sei der Halter dafür verantwortlich. Zu dem, was man hier beschlossen habe, finde er keine Worte. Er bitte die Stadträte, mit einem neuen Beschluss diesen bürgerfreundlich zu gestalten.

Herr Ginskey, wohnhaft Alte Leipziger Straße 13, bezog sich auf die Aussagen des Bundespräsidenten, Herrn Köhler, und der Bundeskanzlerin, Frau Merkel, dass in unserem Land Ingenieure gesucht werden. Er wolle diesbezüglich ein Beispiel anführen. Sein Sohn, Jahrgang 1958, bekommt Hartz IV und hat seit Junkalor geschlossen ist, nicht mehr richtig Fuß gefasst. Er war dort Vertriebsingenieur und hatte das Gebiet Rumänien. Studiert habe er an der Universität Otto-von-Göricke in Magdeburg in der Fachrichtung Elektronik.

Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, unterbrach Herrn Ginskey und mahnte an, dass es eine Einwohnerfragestunde ist, in der es nach Sinn und Zweck Fragen sein müssen, welche die Belange der Stadt betreffen.

Herr Ginskey stellte die Frage, mit welchem Jahrgang er die Möglichkeit haben würde, von Hartz IV in den 1. Arbeitsmarkt zu kommen. Wenn ein Betriebsleiter höre, dass sein Sohn 50 wird, sei die Chance schon verloren. Es wurde extra von Frau Merkel gesagt, dass auch die Älteren die Chance erhalten sollen.

Herr Wolfram, amt. Dezernent für Gesundheit und Soziales, erwiderte, es gebe die Anstrengungen im Jobcenter, Bürgerinnen und Bürger, und das sei das Hauptziel, wieder in den sogen. 1. Arbeitsmarkt zu vermitteln. Die Größe, die vermittelt werde, sei nicht zufrieden stellend, aber es sei wichtig, dass sich der Sohn von Herrn Ginskey in den immer planmäßig stattfindenden, mindestens 2 bis 3-monatigen Kontakten mit dem Jobcenter und auf dem Markt immer wieder bemüht. Bei ingenieurtechnischem Personal gebe es heute eigentlich einen großen Bedarf, der aber sicherlich nicht immer vor Ort vom Angebot her befriedigt werden kann. Aber viele unserer Zeitarbeitsfirmen, die auch in Dessau agieren und auch werben, haben vielleicht Möglichkeiten, ihn, wenn er die entsprechenden Qualifikationen hat, zu vermitteln. Wichtig sei, dass es in einem Alter von 50 Jahren doch Vermittlungschancen gibt. Der Arbeitsmarkt sei belebt und es sei so, wie vor zwei Tagen durch Frau Dr. Bratzke, als die Verantwortliche für den 1. Arbeitsmarkt, dargestellt, dass die Gesamtkennziffer der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland genau wie im Arbeitsamtsbezirk, sich entwickelt hat. Sein Sohn müsse sich ständig dieser Aufgabe stellen, um dran zu bleiben. Das können dieses Gremium und der Herr Oberbürgermeister nicht beeinflussen.

Sein Sohn war noch vor drei Wochen in Mildensee in der Foto-Voltaik-Anlage beschäftigt, erwiderte Herr Ginskey, dann sei die Order von Frau Bratzke oder Herrn Biehahn gekommen und es mussten sich alle im Kampfmittelbeseitigungsbetrieb in Kochstedt melden. Jetzt laufen dort die qualifizierten Kräfte im Wald herum. Die Fraktionsvorsitzenden müssten sich mit Frau Bratzke zusammensetzen und sehen, was für Leute da draußen sind.

Man könne hier nicht bilateral private Probleme im Stadtrat klären, stellte **Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender,** fest. Er habe nichts dagegen, wenn Bürgeranfragen gestellt werden und auch nichts dagegen, wenn man persönliche Sachen klärt, aber nicht auf der Ebene des Stadtrates.

Von **Herrn Schönemann**, Fraktion Die Linke, wurde Herrn Ginskey ein Gesprächsangebot unterbreitet. Durch den **Stadtratsvorsitzenden Dr. Exner** wurde ebenfalls angemerkt, dass auch Herr Wolfram zur Verfügung stehe. Die Stadtverwaltung sei in jeder Hinsicht bemüht, für die Bürger möglichst viel umzusetzen. Er bitte aber auch um Verständnis, dass man versuche müsse, solche persönlich bezogenen Anfragen auf einer anderen Ebene zu klären.

5. Öffentliche Anfragen und Informationen

5.1 Information über die Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Zinsanpassung zweier Darlehen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau Vorlage: DR/IV/056/2007/II-20

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, stellte die Frage, wie der Zinssatz bisher für diese Kredite war. Als Vergleichswert werde die Hausbank der DVV genannt. Diesbezüglich stellte er die Frage, ob andere Institute angefragt wurden und mit welchem Ergebnis.

In Beantwortung legte Frau Wirth, Leiterin des Amtes 20, in Vertretung für Frau Nußbeck, Beigeordnete für Haushalt und Finanzen, dar, es seien drei verschiedene Angebote seitens der DVV eingeholt worden. Das günstigste sei hier gewertet worden, um die Einhaltung der De-minimis-Regelungen zu gewährleisten. Der vorher bestandene Zinssatz werde Herrn Giese-Rehm nachgereicht.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Ihm sei zur Kenntnis gelangt, dass unsere Tourismuswerbung das Problem besitzt, im Augenblick mit nicht ausreichendem qualifizierten Material für die Stadt zu werben, bemerkte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.** Das habe sicherlich haushaltsmäßige Hintergründe. Er stellte die Frage, ob das so ist und wie man zukünftig solche Dinge vermeiden könne.

Wie Herr Stadtrat Schönemann schon vermutete, hänge das mit der Haushaltslage der Stadt zusammen, legte **Herr Oberbürgermeister Koschig** dar. Man habe vom Landesverwaltungsamt eine strenge Haushaltssperre verhängt bekommen, wo alle Positionen grundsätzlich einer Prüfung zu unterziehen und freizugeben sind. Es gebe eine Vielzahl von Publikationen, die von den verschiedensten Ämtern herausgegeben werden. Er habe vor der Freigabe weiterer Publikationen, die jetzt auch komplett zu überarbeiten sind, das Fachamt gebeten, und daran werde auch gearbeitet, eine Prioritätenliste zu erstellen für unsere Werbung vor dem Hintergrund auch der regionalen Zusammenarbeit und der Zusammenarbeit der Metropolregion. Diese ist ihm vorzulegen. Man werde dann auf kürzestem Weg Mittel freigeben, aber er wollte keine pauschale Freigabe für alle Publikationen machen.

Im Übrigen müsse man an einem Haushaltskonsolidierungskonzept arbeiten. Es gebe Publikationen unserer Stadt, die komplett durch Sponsoring bzw. Spenden aufgebracht, wie z. B. der Seniorenratgeber, von dem er der Meinung war, dass dieser auch durch städtische Mittel kofinanziert wird. Man hatte vorgeschlagen, diesen gemeinsam mit dem Behindertenratgeber herauszugeben, um so auch zu sparen. Er sei von den Ereignissen überrollt worden. Es gebe also den Seniorenratgeber der Stadt schon, völlig ohne finanzielle Beteiligung der Stadt Dessau-Roßlau. Nun müsse es unser Anliegen sein, ein Gleiches für den Behindertenratgeber hinzubekommen, weil er es auch nicht verantworten könne, dass der eine Ratgeber völlig kostenlos herausgegeben wird und der andere einen beträchtlichen Zuschuss erfordert. Das seien die Mühen der Ebenen, denen man sich momentan unterziehe. Hier habe das Tourismusamt seine Hausaufgaben zu machen.

Herr Dr. Weber, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, erklärte, man habe das Thema im Wirtschaftsausschuss aufgegriffen. Der Verwaltung wurde die Aufgabe erteilt, für alle Ämter und Abteilungen zu prüfen, welche Marketingmaßnahmen durchgeführt werden, denn man hatte den Eindruck, dass vieles aneinander vorbei, doppelt oder Gelder ungleichmäßig verteilt sind. Es freue ihn, dass die Problematik durch die Verwaltung aufgegriffen wurde. Der Wirtschaftsausschuss wird sich im Februar damit beschäftigen.

Bezüglich der Übertragung der kommunalen Kindereinrichtungen und Horte in freie Trägerschaft, führte Herr Dr. Weber aus, dass es im September diesen Jahres eine Empfehlung des Jugendhilfeausschusse für 6 Träger gab. Nun musste man einem Schreiben des Dezernenten für Gesundheit und Soziales entnehmen, dass sich die Verwaltungsspitze dieser Problematik annahm und einen neuen Vorschlag auf Basis der Elternvoten erarbeitet hat. Er finde, dieses Thema gehöre dringend in den Jugendhilfe- sowie Haupt- und Personalausschuss, denn es gehe nicht, dass die Verwaltung, auch wenn es nachhaltige Gründe gibt, sich über ein Votum des Jugendhilfeausschusses hinwegsetzt. Das müsse dann im politischen Raum beschlossen werden.

Herr Wolfram, amt. Dezernent für Gesundheit und Soziales, entgegnete zum Sachverhalt, dass der Jugendhilfeausschuss nach umfassender Beratung eine Empfehlung zur Beschlussfassung für 6 freie Träger abgegeben hat. In diesem Zusammenhang gab es Zuordnungen zu 2 Trägern, die mit den Voten der Elternkuratorien und anderer völlig konträr lagen. Daraufhin ist von der Verwaltungsspitze der Auftrag an ihn ergangen, diese Dinge einrichtungs- und trägergenau zu prüfen. Im Ergebnis werde weiter am Beschluss des Jugendhilfeausschusses festgehalten, von den 6 Trägern 4 Träger in die engere Wahl zu ziehen, nämlich auch die, wo der Elternwunsch, der bis 3 mal vom Elternkuratorium geäußert wurde, dann auch weitestgehend berücksichtigt ist. Es muss z. B. nicht sein, dass man eine Einrichtung zwangsweise einem Träger zuordnet, um ihm eine Einrichtung zu geben. Dazu habe er in einem Teil der nichtöffentlichen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses informiert. Dieser Ausschuss hat in Übereinstimmung mit dem Oberbürgermeister auch eindeutig dafür plädiert, dass in der Weiterführung dieses Prozesses der Haupt- und Personalausschuss seine Zuständigkeit hat und eine Rückkopplung zum Jugendhilfeausschuss zu erfolgen hat. Bei der Übertragung gehe es gemäß § 613 a des BGB darum, dass das Personal übertragen wird, dass die Liegenschaft entweder in Erbbau oder in einem Pachtvertrag übertragen wird und dass bspw. die Finanzierung der Einrichtung gesichert werden muss. Nach der Finanzierungsrichtlinie, die jetzt erarbeitet wird, habe man ein personelles defizitäres Problem, aber so gehe man mit den Dingen um. Deshalb sei es richtig, dass alle Elternkuratorien über

diese Entscheidung informiert wurden und auch die Träger diesbezüglich informiert werden. Alles andere werde er Herrn Dr. Weber noch in der Pause beantworten, weil es hier den Rahmen sprengen würde.

Frau Lohde, CDU-Fraktion, erklärte, es gebe heute wieder einen furchtbaren Fall von Kindesmisshandlung, weshalb sie Herrn Wolfram als amt. Sozialdezernenten bitte, eine Information an die Öffentlichkeit zu geben. Wir haben zwei Ausschüsse, die sich mit diesem Thema beschäftigen, aber sie halte es für notwendig, dass öffentlich erklärt wird, welche Regelungen in unserer Stadt existieren, ob aus aktuellstem Anlass erneut Überprüfungen vorgenommen wurden und ob Herr Wolfram der Meinung ist, dass die Mechanismen, die bei uns angewendet werden, ausreichend sind.

In Beantwortung bestätigte **Herr Wolfram, amt. Dezernent für Gesundheit und Soziales,** die Ereignisse der letzten Tagen und Wochen seien furchtbar. Gott sei Dank nicht hier, aber dieses Problem mache vor keiner Tür halt. Es geht um eine wichtige Frage, nämlich dass wir Menschen, das was wir haben auch bewahren, hinsehen und nicht wegsehen sollen. D. h. jede Regung dieser Art müsse uns Anlass sein, auf Mechanismen, auf Institutionen zurückzugreifen, um den Anfängen zu wehren. In diesem Zusammenhang habe er zwei Dienstberatungen im Dezernat V unter Teilnahme des Jugendamtes durchgeführt.

Sowohl Frau Förster als auch Herr Lachmann sind mit den Dingen direkt befasst und geregelt ist das Ganze im SGB VIII, § 8 a Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung. Hier gehe es um Regelungen bei Wahrnehmungen dieser Art. Im Jugendamt selbst beschäftigt sich der Allgemeine Soziale Dienst mit diesen Fragen. Im Jahr 2007 habe man bereits eine Kinderschutzfachkraft zertifiziert und im Januar werden weitere Mitarbeiter die Zertifizierung ablegen. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen jedem Hinweis nach und sind auch darüber belehrt worden, dass eine körperliche Inaugenscheinnahme von diesen angezeigten Vorfällen in Person des Kindes im Beisein derer, die mit der Erziehung betraut oder übereignet sind, stattfindet.

Die zweite Seite sei, dass die Verwaltung im Allgemeinen Sozialen Dienst nochmals ihre Handlungsorientierung überarbeitet und modifiziert hat. Dazu waren diese Fälle ein Aufruf, dass hier mit diesen Anzeigen von Kindeswohlgefährdungen insgesamt komplex gearbeitet wird. Partner dafür sind auf der einen Seite die Polizei, auf der anderen Seite, wo es notwendig ist, die Gerichte, aber er habe auch mit der amtierenden Chefärztin für Kinderheilkunde, Frau Dr. Spicker, im Städtischen Klinikum gesprochen und sich schildern lassen, wie sie mit dieser Art Vorfälle umgehen, ob sie über die Mechanismen, nämlich Jugendamt und Polizei Bescheid wissen. Das haben sowohl der Ärztliche Direktor als auch Frau Dr. Spicker als amt. Chefärztin für diesen Bereich und der Leitende Arzt der Notaufnahme bestätigt.

Herr Wolfram wies deutlich darauf hin, dass man für den Jahreswechsel, wo eine Verwaltung auch handlungsfähig bleiben muss, einen 24-Stunden-Dienst wie immer eingerichtet hat. Vom 22.12.2007 bis 01.01.2008, 8.00 Uhr, wird hier ein Notrufsystem existieren. Das werde man auch noch einmal in den zuständigen Medien popularisieren. Er sei der Mitteldeutschen Zeitung äußerst dankbar, dass sie in den letzten Wochen und Monaten immer aktiv von den neuen Bürgern in unserer Stadt Dessau-Roßlau Kunde tut und die neugeborenen Babys in der MZ abbildet. Jeder fühle sich verantwortlich, wenn sie in ihrer Umgebung leben und sollte jedem Zeichen, wo es um das Kindeswohl

geht, nachgehen. Es gebe also einen solchen Mechanismus über das Städtische Klinikum und wir haben die Möglichkeit, entsprechend des § 8 des SGB VIII sofort tätig zu werden. Eine sehr enge Zusammenarbeit gibt es mit der Polizei. Man brauche ein Klima in unserer Stadt, in der Nachbarschaft. Hinsehen und nicht wegsehen sei der Auftrag, wozu er alle Bürgerinnen und Bürger in der Stadt aufrufe.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, wenn er an die Vorrede anschließen darf, gebe es ein schönes Sprichwort, welches heißt: „Kinder bekommen Frau und Mann alleine, aber ein Kind zu erziehen, brauche es ein ganzes Dorf." Unsere Gesellschaft mangelt daran, dass wir als Familien viel zu vereinzelt leben, was noch viel stärker in den Wohnblöcken als in den Siedlungen sei, aber auch da. Vielleicht sollte man sich dessen wieder bewusst werden.

Weiterhin begrüßte Herr Giese-Rehm, dass die SPD die Abschaffung der Brenntage befürwortet. Man werde zu diesem Thema am 15. Januar, 18.00 Uhr, im Ratssaal dazu eine Veranstaltung durchführen, um mit den Bürgern diesbezüglich ins Gespräch zu kommen, gezielt mit denen, die in der Stadt wohnen und in den Ortschaften, die ja über die Ortschaftsräte mit beteiligt sind. Hier sei gezielt ein Bedarf, den man aufnehmen und besprechen wolle.

In diesem Zusammenhang fiel ihm eine Veröffentlichung des Landkreises Schönebeck in die Hand vom Sommer 2004. Da wurde die Erlaubnis zur Verbrennung von Gartenabfällen zurückgenommen mit der interessanten Begründung, die für Dessau eigentlich auch zutreffen müsste, dass es genügend andere Möglichkeiten der Entsorgung gibt und eine Verbrennung deshalb nicht mehr zugelassen werden brauch und soll.

Sich auf den Hochwasserbericht des Oberbürgermeisters beziehend, legte er dar, man hatte in der Sitzung am 04.12.2007 das Thema der Deichschauen. Er stellte die Frage, ob die Protokolle der Deichschauen jetzt vorliegen.

Herr Schneider, Leiter des Amtes 37, bemerkte, die Protokolle der Deichschauen seien vorhin in der Post gewesen und werden entsprechend verteilt.

6. Beschlussfassungen

6.1. Schlussbilanz zum 30.06.2007 des Eigenbetriebes Stadtpflege Roßlau Vorlage: DR/BV/253/2007/II-EB

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 46:00:00

6.2 Entlastung der Werkleitung des Eigenbetriebes Stadtpflege Roßlau Vorlage: DR/BV/254/2007/II-EB

Herr Oberbürgermeister Koschig sprach der Werkleiterin des Eigenbetriebes Stadtpflege Roßlau den Dank aus.

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 46:00:00

6.3 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Jahr 2008 Vorlage: DR/BV/320/2007/II-EB

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, bezog sich auf die Anlage 1, welche beinhaltet, dass die Straßenbeleuchtung in Roßlau, früher durch die Stadtwerke Coswig betrieben, jetzt von den Stadtpflegebetrieben unterhalten und betrieben wird. Er stellte die Frage, ob das bisher in Dessau auch so geregelt ist.

Die Straßenbeleuchtung war bis zum I. Quartal 2007 Bestandteil des städtischen Haushaltes, erwiderte **Frau Wirth, Leiterin des Amtes 20**. Seit einem ¾ Jahr sind die Mittel für die Straßenbeleuchtung per Zuschuss an den Eigenbetrieb ausgereicht worden und die vollständige Unterhaltung und Investitionen laufen über den Eigenbetrieb.

Herr Giese-Rehm verwies weiterhin auf Seite 6 der Anlage 1, wo es um die sonstigen betrieblichen Aufwendungen geht und es heißt, dass die sonstigen betrieblichen Aufwendungen insgesamt um 1.252,2 T€ zurückgehen werden. Wenn man sich die Tabelle auf Seite 2 ansehe, habe man einen Aufwuchs in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in etwa 1,548 Mio. €. Dieser erkläre sich nachher aus der Einstellung der Mittel für die Deponie als Aufwendungen. Da er das im Text anders gelesen habe, bitte er um Aufklärung, da sich diese natürlich im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit genau niederschlagen und das Ergebnis der Stadtpflege Dessau von bis 2006 auf den Plan 2007 genau um diese 1,5 Mio. € abfällt, von knapp 900 T€ positiv auf 600 T€ minus. Hierzu wolle er wissen, was nun stimmt.

Frau Moritz, Leiterin des Stadtpflegebetriebes, erhielt das Rederecht und erklärte, der Hinweis, der von Herrn Giese-Rehm gegeben wurde, sei richtig. Die entsprechende Darstellung für den Bereich Straßenbeleuchtung wurde nachträglich im Wirtschaftsplan verankert. Ihr sei der Fehler unterlaufen, dass der Passus nicht entsprechend angepasst wurde. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr weichen aber erheblich um diese Position Aufwendungen im Rahmen der Deponiesanierung ab. Darauf sollte im Eingang zum Wirtschaftsplan hingewiesen werden, weil parallel dazu entsprechend im Vorjahr Erträge aus Fördermitteln, die der Betrieb entsprechend erhalten hat, für die Deponiesanierung in gleicher Höhe eingestellt waren. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen falle im Jahr 2007 noch der entsprechende Aufwand für Energie, Straßenbeleuchtung der gesamten Stadt Dessau-Roßlau an. Es muss also eine textliche Änderung vorgenommen werden.

Nachfragend bat Herrn Giese-Rehm bat Frau Moritz um Aussage, um welchen Betrag es sich dabei bei der Straßenbeleuchtung einerseits handelt und warum die Aufwendung für die Deponie, was eine Frage der Buchung sei, nicht im letzten Jahr erfolgt ist.

Für das laufende Geschäftsjahr habe man eine entsprechende Förderung der Maßnahme, erläuterte Frau Moritz. Man habe erst 2007 diesen Bauabschnitt gebaut und folglich könne man das erst im Ist 2007 sehen. Wenn man den Jahresabschluss bspw. für 2007 behandelt, könne man genau die entsprechenden Einnahmen an Fördermitteln in der Höhe und entsprechende Ausgaben für diese Baumaßnahme in gleicher Höhe sehen. Die Energiekosten Straßenbeleuchtung sind in der Anlage auf Seite 6, unter der Position Strom als Konto 6327 mit 677 T€, ersichtlich. Diese Position gab es vorher noch nicht, weil die Straßenbeleuchtung im Vorjahr noch nicht über die Gewinn- und Verlustrechnung des Eigenbetriebes abgebildet wurde.

Bevor man zur Beschlussfassung komme, müsse bezüglich der Aussage von Frau Moritz die Vorlage angepasst werden, erklärte **Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender.** Da sich im Beschlussvorschlag nichts ändert, müsse nur der geänderte Textteil nachgereicht werden.

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 45:00:01

6.4 Neukalkulation der Friedhofsgebühren für die Durchführung der zusätzlichen Leichenschau ab 1.1.2008 Vorlage: DR/BV/183/2007/II-EB

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 46:00:00

6.5 Änderung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Dessau (Gebührenverzeichnis) Vorlage: DR/BV/184/2007/II-EB

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 46:00:00

6.6 Außerplanmäßige Ausgabe und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für die Streetzer Brücke Vorlage: DR/BV/255/2007/II-20

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 46:00:00

6.7 Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben für Ausgaben des örtlichen Trägers der Sozialhilfe Vorlage: DR/BV/256/2007/II-20

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, bezog sich auf die Anlage 1, Punkt 4, Mehrausgaben für einmalige Beihilfen. Hier habe man die Erstausstattung für Bekleidung, die Erstausstattung Schwangerschaft und Geburt, was ein Zuschuss sei. Des Weiteren habe man die Mietkalkulation, Umzugskosten, Darlehen bei Mietschulden und Wohnungsbeschaffungskosten, was die KDU-Kosten seien. Er empfehle, dort einzelne Haushaltsstellen zu bilden, um auch eine Kontrolle durchführen zu können, wo die Kosten hingehen. Im Moment habe man das zusammengefasst. Diese Anregung der SPD-Fraktion sollte von der Verwaltung aufgenommen werden.

Dieser Hinweise könne aufgenommen werden, erklärte **Herr Wolfram, amt. Dezernent für Gesundheit und Soziales.** Man sei im Januar und Februar 2008 im Gespräch mit den Fraktionen und im Sozialausschuss, um die Richtlinie zu den einmaligen Beihilfen zu modifizieren, indem wir die Städte Dessau und Roßlau zu unserer gemeinsamen

Stadt Dessau-Roßlau in dieser Richtlinie zusammenführen. Dann sei das auch haushaltstechnisch möglich.

Frau Andrich, Fraktion Die Linke, beantragte im Namen der Fraktion eine Übersicht, wie viele Personen es in den einzelnen Punkten betrifft und wie sich das finanziell auf die 150 T€ in den einzelnen Punkten auswirkt. Das könne auch im Ausschuss diskutiert werden.

Das werde im nächsten Gesundheits- und Sozialausschuss, der Ende Januar stattfindet, ausgereicht, sagte **Herr Wolfram, amt. Dezernent für Gesundheit und Soziales,** zu.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, stellte die Frage, inwieweit es sich bei den Kosten um Aufwüchse aus dem Gebiet von Roßlau handelt, in dem früher der Kreis Anhalt-Zerbst zuständig war. Roßlau, bzw. Anhalt-Zerbst sei nicht dabei, erwiderte **Herr Wolfram.** Haushaltstechnisch handelt es sich hier um den Jahresabschluss bis zum 31.12.2007.

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 46:00:00

6.8 Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben in den Bereichen Jugendhilfe und Kindertagesstätten Vorlage: DR/BV/287/2007/II-20

Herr Wolfram, amt. Dezernent für Bildung, Jugend und Soziales, verwies auf die einstimmige Beschlussfassung im zuständigen Ausschuss und erklärte, da es in der Mitteldeutschen Zeitung einen Disput gab, habe er sich mit dem entsprechenden Träger diesbezüglich zusammengesetzt. Der Bedarf an Mitteln und die Deckung seien plausibel. Es bedarf einer Abstimmung zwischen der Leistungsverwaltung des Jugendamtes und den Trägern. Die Mitglieder des Finanzausschusses wissen, dass man in dieser Vorlage die Träger anonymisiert habe, weil man den Dingen bis auf den Grund nachgehen müsse, um hier nicht Aussagen zu treffen, die zu solchen Spannungen führen. Hier sei Verwaltungshandeln in der Trägerlandschaft gefordert, was man im neuen Jahr weiter modifizieren und pflegen werde.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM, erinnerte an die kontroverse Diskussion im Finanzausschuss. Seitens der Fraktion und getragen von der Mehrheit der Finanzausschussmitglieder, hatte man an das zuständige Fachamt die Aufgabe gegeben, zeitnah Analysen zu erstellen, die diese Zahlen unterlegen, insbesondere vergleichende Werte der Entwicklungen zwischen kommunalen Einrichtungen und freien Trägern. Bis heute habe man eine solche Analyse nicht erhalten, obwohl bereits drei Wochen vergangen sind. Er stellte die Frage, wie weit der Abarbeitungsstand ist und ob man mit der Zielsetzung bis zum Jahresende tatsächlich rechnen könne.

In Beantwortung der Frage merkte **Herr Wolfram, amt. Dezernent für Bildung, Jugend und Soziales** an, auch Herr Weber sei einer derjenigen gewesen, welche diese Frage im Finanzausschuss stellten. Er habe das noch nicht autorisierte Protokoll des Ausschusses gelesen und in Abstimmung mit Frau Nußbeck die Jugendamtsleitung

beauftragt. Leider sei die Kollegin, welche in dem Amt die Haushaltsführung innehat, nicht da. Es werde aber etwa in der zweiten Hälfte des Januar 2008 eine solche Plausibilitätsbetrachtung in der Frage der Finanzierung auch anderer freier Träger erfolgen.

Aus der Vorlage erhebe sich für sie die Frage, wieso noch Kosten aus 2005 erscheinen, merkte **Frau Noack, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, an. Anknüpfend an die Frage von Herrn Bönecke unterbreitete sie den Vorschlag, evtl. in einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses die fachliche Sicht zu beleuchten. Sie persönlich interessiere, wie nachhaltig z. B. Betreuungshelfer versus Unterbringung ist und ob es Erhebungen gibt.

Die Kostenübernahme aus dem Jahr 2005 resultiert daraus, dass es für die Kinder, die in Heimen untergebracht sind, einen Zuständigkeitswechsel geben kann, wenn sich der Wohnort der Eltern ändert, erklärte **Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen**. Dann werde es rückwirkend berechnet. Hier erfolgt die Rechnungslegung von Dritten.

Zu dem fachlichen Teil bestätigte **Herr Wolfram, amt. Dezernent für Bildung, Jugend und Soziales,** dass dies im I. Quartal 2008 diskutiert und an Fallzahlen dargestellt werden sollte. Hierbei geht es z. B. darum, dass bspw. Hilfe zur Erziehung in der Familie oder durch Familienhelfer bestimmte Kostenaufwüchse erzeugten. Dazu gibt es eine durch den Gesetzgeber geforderte Statistik im Jugendamt.

Der Stadtrat stimmte der Beschlussvorlage zu.
Abstimmungsergebnis: 44:00:02

6.9 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe Zuschuss an Eigenbetrieb Stadtpflege für Zentrale Hausmülldeponie Kochstedter Kreisstraße
Vorlage: DR/BV/301/2007/II-20

Die Genehmigung wurde einstimmig erteilt.
Abstimmungsergebnis: 46:00:00

6.10 3. Änderung zur Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung) der Stadt Dessau vom 09. Dezember 1993, zuletzt geändert am 30.November 1995
Vorlage: DR/BV/309/2007/II-20

zurückgezogen

6.11 Satzung der Stadt Dessau-Roßlau über die Erhebung von Verwaltungskosten im eigenen Wirkungskreis (Verwaltungskostensatzung)
Vorlage: DR/BV/262/2007/II-10

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, merkte an, ihn interessiere der Faktor fusionsbedingte Mehrkosten. Wenn es diese gibt, bitte er darum, sie künftig gesondert auszuweisen.

Hier sei ein gemeinsames Werk entstanden, da es bis dato eine Dessauer und eine Roßlauer Satzung gab, entgegnete **Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen**. Es sei daher nicht klar, welche Analyse Herr Schönemann erwarte.

Erklärend gab **Herr Schönemann** an, die Kosten würden ja anhand bestimmter Grundlagen ermittelt. Es entstanden im Zusammenhang mit der Fusion Kosten, bis sie dann Effekte bringt. Diese beiden Seiten - Mehrkostenanteil im Rahmen der Fusion, den zum Großteil die Bürger tragen müssen - möchte er einmal den Einsparungen gegenüber stellen. Deshalb sollte es transparent dargestellt werden, damit nicht irgendwann einmal unterstellt werde, man habe auf Kosten der Bürger beider Städte die Fusion betrieben. Der Ansatz der Fusion sei einmal die Konsolidierung gewesen, Synergien zu schaffen, Verwaltung zu vereinfachen, Kosten zu sparen.

Nicht der Stadtrat habe die Fusion gewollt, sondern es gab Bürgeranhörungen in Dessau und in Roßlau, bei denen die Mehrheit für eine solche war, betonte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Natürlich soll es ein Gewinn für die Stadt sein und man müsse darauf achten. Er finde es aber an dieser Stelle etwas kleinlich und es entspreche auch nicht dem Geist der Fusion.

Er könne sich den Worten von Herrn Dr. Schmidt nur anschließen, fügte **Herr Weber, CDU-Fraktion** an. Ergänzend teilte er mit, er habe sich die Mühe gemacht, die Verwaltungskostensatzungen von 16 Städten zu vergleichen. Es liege ein vergleichbares Mittelding vor, welches weder nach unten noch nach oben großartig abweicht. Hier gehe es um tatsächliche Verwaltungskosten, die in einen einheitlichen Satz gefasst wurden und nichts mit der Fusion als solches zu tun haben. Sollten andere Gründe für die Frage von Herrn Schönemann existieren, sei diese Satzung ein schlechtes Beispiel.

Die Mitglieder des Stadtrates stimmten mehrheitlich der Satzung zu.
Abstimmungsergebnis: 36:03:07

6.12 Satzung der Stadt Dessau-Roßlau über die Erhebung von Benutzungsentgelten im Rettungsdienst Vorlage: DR/BV/274/2007/II-37

Die Satzung wurde einstimmig beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 46:00:00

6.13 Richtlinie der Stadt Dessau-Roßlau zur Gewährung von Leistungen für Unterkunft und Heizung gemäß § 22 Sozialgesetzbuch II (SGB II) und § 29 Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) Vorlage: DR/BV/270/2007/V-50

Einführend berichtete **Herr Wolfram, amt. Dezernent für Bildung, Jugend und Soziales,** diese Beschlussvorlage sei in den letzten Wochen des Jahres entstanden, um die Bürgerinnen und Bürger in Roßlau und Dessau in unserer neuen Heimatstadt gleich zu stellen. An dieser Stelle bedanke er sich bei den Mitgliedern beider Ausschüsse - des Sozialausschusses und des Finanzausschusses - die wesentlich mit dazu beigetragen haben, die Vorlage zu qualifizieren. Es gehe bei der Vorlage darum, einheitliches Ver-

waltungshandeln von Sozialamt, der ARGE Dessau-Roßlau und der Kommunalen Beschäftigungsgesellschaft zu schaffen. Ein Novum sei insgesamt, dass weitgehend Übereinstimmung erzielt wurde mit den drei großen Wohnungsunternehmen unserer Stadt auf der einen Seite und der ARGE und der Kommunalen Beschäftigungsgesellschaft. Das Ziel ist, Obdachlosigkeit zu vermeiden und ihr entgegen zu wirken und hier Möglichkeiten zu haben, am Markt zu agieren.

Herr Gebhardt bedankte sich im Auftrage der **SPD-Fraktion** bei den Mitwirkenden an dieser KdU-Vorlage herzlich, da in der kurzen Zeit eine so intensive Diskussion möglich war und dann doch ein Kompromiss gefunden wurde, der zeitgemäß ist. Die Vorteile dieses Kompromisses liegen darin, dass bei einer heutigen Beschlussfassung die Satzung am 1. Januar 2008 in Kraft treten kann. Das wäre ein Vierteljahr eher als geplant. Man beziehe die Roßlauer Bedarfsgemeinschaften mit ein und habe die Möglichkeit, halbjährlich diese Richtlinie auf den Prüfstand zu stellen, wenn es gesetzliche Rahmenbedingungen gibt oder Preiserhöhungen o. Ä. anstehen. An die Skeptiker hier im Saal richtete Herr Gebhardt den Appell, zu dieser KdU-Richtlinie auf die Mitbürger in den Bedarfsgemeinschaften zuzugehen, sie aufzuklären und zu beraten, dass eben das nicht eintrifft, was von den Skeptikern prognostiziert wird, dass Kostenerhöhungen durch den Regelsatz finanziert werden. Die SPD-Fraktion wird der Vorlage zustimmen.

Zur Form der Beschlussvorlage gab **Herr Dr. Neubert, FDP-Fraktion**, den Hinweis, dass im Falle einer Abstimmung zur Vorlage dennoch nichts beschlossen werde. Der Beschlussvorschlag laute lediglich, dass die Vorlage „nach Beratung … dem Stadtrat Dessau-Roßlau zur Beschlussfassung empfohlen“ wird. Man würde sich also selbst eine Empfehlung geben, ohne etwas beschlossen zu haben. Die Formulierung müsse geändert werden und heißen:

> „Die „Richtlinie der Stadt Dessau-Roßlau zur Gewährung von Leistungen für Unterkunft und Heizung gemäß § 22 Sozialgesetzbuch II (SGB II) und § 29 Sozialgesetzbuch XII (SGB XII)“ wird vom Stadtrat Dessau-Roßlau beschlossen.“

Ihren Ausführungen stellte **Frau Andrich** voran, dass auch die **Fraktion Die Linke** dieser Vorlage zustimmen wird. Erfreulich sei, dass im Ausschuss die strittigen Probleme geklärt wurden und alle den eingebrachten Änderungen zugestimmt haben. Sie sage dies, da in der Vergangenheit schon einmal die Kosten der Unterkunft beschlossen wurden. Das nun vorliegende und von der Stadtverwaltung erarbeitete Material gibt genauere Hinweise zur Handhabung für die Mitarbeiter der ARGE. Das sei in der Vergangenheit nicht der Fall gewesen und die Mitarbeiter der ARGE haben sehr unterschiedlich im Ermessensspielraum sowie bei Einzelfallprüfungen entschieden. Frau Andrich hoffe, mit dieser Richtlinie den Grundstein zu legen, um im nächsten Jahr eine konsequente und für alle Beteiligten und vor allem für die Betroffenen sehr genaue Abrechnungen zu bekommen. Es sei bereits vor der heutigen Beschlussfassung bekannt, dass die Kabelanbieter zum 01.01. ihre Gebühren um 1,20 € erhöhen und die DVV bereits eine Gaspreiserhöhung für das Jahr 2008 angekündigt hat.

Wenn wir mit dem Ermessensspielraum und der jetzt zur Verfügung stehenden Pauschale ausreichen und die Härtefallklausel auch voll ausnutzen können, dürfte es sicherlich wenige Einzelfallprüfungen geben. Man müsse sich jedoch darüber im klaren sein, dass es bereits über 500 Fälle gibt, die sicherlich eine Einzelfallprüfung erfordern, weil die Personen a) über einen Wohnraum verfügen, der letztendlich nach der Wohnraumverordnung bzw. einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes unterliege, in de-

nen die Wohnfläche genau definiert ist und es schon Gerichtsurteile des Landessozialgerichtes gibt. Frau Andrich bat, dies in Zukunft bei der Einzelfallentscheidung zu bedenken. Gleiches trifft für die Nebenkosten zu, wo auch im SGB II steht, dass die tatsächlichen Kosten voll anzuerkennen sind.

Es sei sehr zu hoffen, in der Zukunft von Klagen verschont zu werden, wenn dieses umfangreiche Werk konsequent angewendet wird. Frau Andrich könne ebenso wie die SPD-Fraktion die Bürger nur auffordern, zur Fraktion Die Linke zu kommen. Man stehe ihnen mit Rat und Tat zur Seite, sollte es zu Problemen seitens der ARGE kommen.

Weitere Diskussionsbeiträge gab es nicht.

Die Richtlinie wurde mehrheitlich beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 44:00:02

6.14 Abwägung zum B-Plan der Innenentwicklung als vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 13 "Einkaufszentrum Magdeburger Straße" (jetzt : VE-Plan Nr. 57) Vorlage: DR/BV/298/2007/VI-61

In Vertretung von Herrn BM Gröger erläuterte **Herr Tschada, Leiter des Amtes 63,** die Vorlage. Er führte aus, dass das zu behandelnde Vorhaben sich nur im Zusammenhang mit dem Standort Schillerplatz in der Innenstadt Roßlaus begründen lasse. Dass neben der Bauleitplanung für das Handelsquartier am Schillerplatz auch ein Bebauungsplan für ein Einkaufszentrum an der Magdeburger Straße aufgestellt wird, sei dem Ziel geschuldet, ein Vollsortiment in Roßlau sicherzustellen. Es gibt die Erklärung des Vorhabenträgers, beide Vorhaben zu entwickeln. Eine Sicherheit, dass damit auch der Innenstadtstandort zum Tragen kommt, gibt es nicht. Das könnte nur geschehen, sofern es gelinge, den Standort Schillerplatz vorzuziehen.

Der vorliegende Planentwurf mit 4.000 m² Verkaufsfläche war vor der Fusion von Dessau und Roßlau nicht genehmigungsfähig. Erst als Roßlau Bestandteil des Oberzentrums wurde, konnte die Zustimmung der Raumordnungsbehörde erreicht werden. Der vorliegende Abwägungsvorschlag erfolgte zeitgleich mit Bekanntwerden erster Ergebnisse des Einzelhandelsgutachten der GMA (Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung). Bedenken gegen den Standort Magdeburger Straße wurden vorgebracht, da sich außerhalb der Innenstadt von Roßlau befindet und negative Auswirkungen auf die Innenstadt und die verbrauchernahe Versorgung zu befürchten sind. Selbst wenn diese Bedenken zerstreut werden können, müssen am Standort Magdeburger Straße innenstadtrelevante Fachmärkte, die Bekleidung, Wäsche, Lederwaren sowie der Drogeriemarkt z. B. mit 500 m² Verkaufsfläche ausgeschlossen werden. Es sei nicht so, wie es heute in der MZ stehe. Diese Grundaussage treffe der vorliegende Entwurf des vorhabenbezogenen B-Planes Nr. 57 einschließlich Abwägung von je her. Dem Vorhabenträger sei dieser Sachverhalt bekannt. Herr Tschada verwies auf das Votum im Ausschuss (4:2:2), was der Vorlage zu entnehmen sei. Zur Beantwortung möglicher Detailfragen zur Abwägung beantragte er das Rederecht für Frau Jahn, Leiterin des Planungsamtes.

Herr Hartmann, SPD-Fraktion, erklärte, die Fraktion habe eine Ergänzung zur Vorlage einzubringen. So soll ein **Punkt 4** mit folgendem Wortlaut ergänzt werden:

Zur Sicherstellung der städtischen Interessen sollte das Planverfahren zur Magdeburger Straße und das Vorhaben am Schillerplatz parallel betrieben werden. Beide Projekte sind zeitgleich durch das Genehmigungsverfahren zu bringen. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Investor diesbezüglich die beiden städtebaulichen Verträge abzuschließen.

Begründend sehe es die SPD-Fraktion als erforderlich an, dass die innerstädtischen Flächen vorrangig zu entwickeln sind, was Herr Tschada in seinen Ausführungen auch dargelegt habe. Besonders mit dem Hintergrund des entstehenden Einzelhandelskonzeptes für die Stadt Dessau-Roßlau werde deutlich, wie wichtig die innerstädtische Entwicklung und das verantwortungsbewusste Etablieren von Handelsflächen erforderlich sind. Die SPD-Fraktion begrüße das Vorhaben, das die Firma Bagge GmbH & Co. KG aus der Innenstadt des Stadtteils Roßlau, Schillerplatz investieren möchte. Eine entsprechende Beschlussvorlage zur vertraglichen Sicherung ihres Engagements hat der ehemalige Roßlauer Stadtrat im Juni 2007 herbeigeführt. Diese Vereinbarung ist aber aufgrund der Gebietsänderung nicht mehr bindend, so dass eine erneute Abwägung erforderlich wird. Mit diesem Antrag soll sichergestellt werden, dass beide Vorhaben umgesetzt werden. Seitens der SPD werde betont, der vorhandenen Vorlage positiv gegenüber zu stehen, wenn der angeführte Punkt ergänzt wird.

Die **Fraktion Die Linke** sehe folgenden politischen Ansatz der Entscheidung am heutigen Tag, bemerkte **Herr Schönemann**. Die fachliche Beurteilung durch den entsprechenden Fachbetrieb, der das Gutachten noch in Erarbeitung hat, lasse einige Ansätze erkennen, die so manches Fragezeichen zum Vorhaben selbst setzen. Entsprechend des Fusionsvertrages bekenne sich die Fraktion eindeutig dazu, dass Roßlau in seiner bisherigen Geschichte auch Stadtentwicklung betrieben hat, die Innenstadtcharakter trägt. In der Diskussion im Ausschuss habe er erlebt, dass man häufig Innenstadtentwicklung ausschließlich aus Dessauer Sicht sah. Wenn man aber das neue Gebilde Dessau-Roßlau betrachtet, ist zuzulassen, dass sich der Stadtteil Roßlau ebenfalls homogen entwickeln kann. Aus diesem Grund unterstützt die Fraktion den vorliegenden Antrag. Sofern der Investor sowohl den Schillerplatz als auch die Magdeburger Straße begleiten kann, wäre das wünschenswert. Das sei aber am Ende eine Entscheidung der Verantwortungsträger. Das Diktat der Verwaltung ist dabei vielleicht rechtlich gar nicht begründet. Es gehe am Ende um nicht wenig Geld und um eine bedeutende Investition an unserem Standort. Aus diesem Grunde entscheide die Fraktion Die Linke heute in erster Linie politisch und sage ja zu dieser Investition.

Es sei nicht nur eine politische, sondern auch eine fachliche Entscheidung, legte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen,** dar. Die fachliche Entscheidung, die Innenstadtentwicklung des Ortsteiles Roßlau mit diesem großflächigen Einzelhandel zu koppeln, sei nicht ganz einfach und wurde lange im Ausschuss diskutiert. Es sei aber möglicherweise die einzige Chance des Ortsteiles Roßlau, zum heutigen Zeitpunkt die Innenstadt zu entwickeln. Der beantragte Passus der SPD-Fraktion sollte mit in die Beschlussvorlage aufgenommen werden, weil die Ergänzung diese Sache dann auch rund mache. Vom Investor sei auch signalisiert worden, keine Probleme zu haben, diese Ergänzung auch umzusetzen. Das Bemühen ist sehr ernsthaft, beide Standorte zu entwickeln. Wenn wir die Fusion nicht gehabt hätten, wäre diese Kopplung nicht möglich gewesen, weil ein großflächiger Einzelhandel in einem Kunstzentrum einfach nicht zuläs-

sig ist, Kunstzentrum mit Mittelfunktion, Zentrumsfunktion. Jetzt habe der Stadtteil Roßlau auch den Status eines Oberzentrums. Insofern könne das neu bewertet werden. Man sollte diese Chance auch ergreifen, um wirklich dem Missstand, der rund um den Schillerplatz entstanden ist, abzuhelfen.

Herr Rumpf, CDU-Fraktion, erklärte, als Stadtrat befürworte er natürlich, wenn der Schillerplatz in Roßlau neu gestaltet wird. Als Ortsbürgermeister bringe er auch eine andere Sichtweise mit ein, denn es wurde immer von einer Zweierlösung gesprochen. Der Schillerplatz und Holzmarkt sollen neu gestaltet werden, wozu aber das Problem des Einkaufszentrums in Rodleben kam. Am Holzmarkt sollte nämlich, wie es auch in der Vorlage steht, Aldi mit einziehen. Aldi ist aber ein schwerwiegendes Standbein des Einkaufszentrums in Rodleben. Man könne also nicht nur den einen Stadtteil Roßlau betrachten, sondern auch die Stadtteile Rodleben und Brambach, die das Einkaufszentrum frequentieren und bei denen die ortsnahe Versorgung abgedeckt wird. Deshalb war Herr Rumpf den Roßlauern dankbar, dass er beizeiten seine Einwände vorbringen konnte. Er habe von Anfang an gesagt, aus der Zweierlösung hätte er gern eine Dreierlösung gesehen. Man versuche zwar einen Nachmieter zu finden, aber wenn Aldi erst ausgezogen ist, breche das ganze Einkaufszentrum weg, in dem auch ein Bäcker, Fleischer, Blumenladen, Getränkemarkt, Drogeriemarkt sind. Wenn der Lebensmittelmarkt raus ist, brechen die anderen weg und es wäre damit der ganze Standort tot.

Er hatte sich zum Ziel gesetzt, dieser Vorlage heute nur zuzustimmen, wenn die Nachfolge richtig geregelt ist. Das sei bis zum heutigen Tag noch nicht passiert. Am heutigen Morgen hatte er aber das letzte Gespräch mit Herrn Donath, Expansionsleiter der E-DEKA-Gruppe mit Sitz in Magdeburg. Man hatte im letzten halben Jahr oft miteinander zu tun und Herr Donath war auch schon in Rodleben. Er spreche Herrn Donath den Dank aus, denn es war eine kooperative Geschichte, die uns nach vorn gebracht hat. Herr Donath habe in dem heutigen Gespräch versichert, dass in der EDEKA-Gruppe die Entscheidung gefallen ist, dass in Rodleben am Standort Einkaufszentrum nach dem Auszug von Aldi ein NP-Markt einziehen wird. Damit ist die Nachfolge geregelt, abhängig davon, dass man sich mit dem Eigentümer über den Mietpreis verständigen muss. Aufgrund der mündlichen Zusage von Herrn Donath werde er der Vorlage zustimmen.

Auf Nachfrage von **Herrn Stadtratsvorsitzenden Dr. Exner,** ob die Verwaltung als Einreicher den Antrag übernehmen würde, bestätigte dies **Herr Tschada.**

Da der Tagesordnungspunkt vorgezogen wurde, weil die Entscheidungsträger anwesend sind, stellte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke,** die Frage, ob diesen das Rederecht erteilt werden kann, um zu der Sache selbst, also zum Ergänzungsvorschlag zu sprechen.
Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender, merkte an, dass es Bedenken gibt. Aufgrund der Information von Herrn Hartmann, SPD-Fraktion, sei die Ziffer 4, so wie sie im Antrag vorgeschlagen und seitens der Verwaltung übernommen wird, mit dem Investor diskutiert und abgestimmt. Deshalb dürfte sich die Frage von Herrn Schönemann erübrigt haben.

Über den **Antrag auf Rederecht** für den Entscheidungsträger wurde abgestimmt. Er wurde mehrheitlich (19:16:08) **angenommen.**
Der anwesende Geschäftsführer der Bagge-Gruppe erklärte, der Antrag der SPD-Fraktion wurde im Vorfeld diskutiert und es werde ihm zugestimmt.

Herr Dr. Neubert, FDP-Fraktion, bemerkte, obwohl sich eine einvernehmliche Lösung im Stadtrat abzuzeichnen scheint, werde er dieser Vorlage nicht zustimmen. Dies erklärend legte er dar, man sei bemüht, in der alten Stadt Dessau seit Jahren den Einzelhandel in seinen unterschiedlichen Formen im Zentrum zu konzentrieren. Man sei sehr betrübt über gegenteilige Entwicklungen, die man nicht habe ausbremsen können, weil das aus unterschiedlichen, hier nicht erörterten Gründen, nicht möglich war. Im Augenblick sei man dabei, Einzelhandel in die Stadt, in das Zentrum zurückzuholen, wenn auch nach seiner Auffassung an die falsche Stelle im Zentrum, was er aber hier nicht diskutieren wolle. Solange die Stadt Roßlau noch als eigenständige Stadt existierte, war das Verfahren, das jetzt auf den Weg gebracht werden soll, durch die Genehmigungsbehörde nicht genehmigungsfähig, weil zentrumsschädlich. Das gleiche Vorhaben, was noch vor wenigen Monaten zentrumsschädlich war, ist nicht deshalb zentrumsfreundlich geworden, weil Roßlau nun Teil der Doppelstadt Dessau-Roßlau ist. Es gilt das gleiche wie am Anfang. Er sehe nicht ein, in der Doppelstadt Dessau-Roßlau in den Stadtteilen Roßlau und Dessau gegenteilige Strategien zu verfolgen. Insoweit werde er ausdrücklich dagegen stimmen und würde sich freuen, wenn andere dies auch täten. Das sei kein Affront gegen die Roßlauer, sondern soll die Möglichkeit eröffnen, dass genau das an der richtigen Stelle passiert, was sich im Augenblick für ihn außerordentlich in Frage stellt.

Auf die Ausführungen von Herrn Dr. Neubert entgegnete **Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion,** in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, an der er teilgenommen habe, ging es um diese Thematik. Im Protokoll der Ausschusssitzung könne man nachlesen, dass sich Herr Dr. Neubert dort schon ihn ähnlicher Weise artikulierte und zur Kenntnis gegeben hatte, dass er eine Fehlentwicklung nicht weiter unterstützt. Herr Dreibrodt erinnerte daran, dass die von Herrn Dr. Neubert gemeinte Fehlentwicklung an erster Stelle eine Dessauer Fehlentwicklung sei, die in 17 Jahren gelaufen ist. Hier gehe es um eine Entwicklung in einem Stadtteil, der jetzt zur gemeinsamen Stadt gehört. Die Begründung von Herrn Dr. Neubert könne nicht akzeptiert werden. Was Herr Schönemann gesagt hat, dass es um eine politische Entscheidung geht, könne er nur unterstützen. Er sei dankbar, dass es gelungen ist, im politischen Austausch ein Umschwenken in der Meinungsbildung zu erreichen, denn wenn man sich die Diskussion und das Abstimmungsergebnis des Bauausschusses ansehe, sah es gar nicht gut aus. Aber durch politische Gespräche und Kompromissfindung sehe es jetzt gut aus und er hoffe, dass sich möglichst viele Stadträte nicht der Meinung von Herrn Dr. Neubert anschließen.

Da seitens des Einreichers der Änderungsantrag zur **Ergänzung** des Beschlussvorschlages um einen Punkt

4. Zur Sicherstellung der städtischen Interessen sollte das Planverfahren zur Magdeburger Straße und des Vorhabens am Schillerplatz parallel betrieben werden. Beide Prjekte sind zeitgleich durch das Genehmigungsverfahren zu bringen.
Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Investor diesbezüglich die beiden städtebaulichen Verträge abzuschließen.

übernommen wurde, könne über die so geänderte bzw. ergänzte Vorlage entschieden werden, stellte **Herr Dr. Exner, Stadtratsvorsitzender,** fest.

Die Vorlage wurde in geänderter Form beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 39:03:04

6.15 Energie- und Klimaschutzkonzept
Vorlage: DR/BV/273/2007/VI-83

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 46:00:00

8. Schließung der Sitzung

Die Sitzung des Stadtrates wurde von seinem Vorsitzenden, Herrn Dr. Exner, geschlossen. Er wünschte allen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Neue Jahr.

Dessau, 14.11.08

Dr. Stefan Exner	E. Baumer
Vorsitzender Stadtrat	Schriftführerin